

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 127'091
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 37.3
Abo-Nr.: 37003
Seite: 8
Fläche: 51'116 mm²

Strategisches Kalkül um Listenverbindungen

Die Stunde der neuen Mitte schlägt lange vor dem Wahltag. Von Daniel Bochsler

Die Mitteparteien könnten bei den eidgenössischen Wahlen stark von Listenverbindungen profitieren. So könnten etwa konsequente Listenverbindungen zwischen CVP, GLP und BDP rund zehn Sitzgewinne sichern. Es gibt aber Rivalitäten.

In den vergangenen Jahrzehnten waren die Mitte-Links-Parteien die grossen Gewinnerinnen aus den Listenverbindungen: Allein in den Wahlen 2007 konnten die grossen Listenverbindungen rund um SP und Grüne dank dem Instrument der Listenverbindung fünf Sitzgewinne verbuchen, auf Kosten vorab der grossen bürgerlichen Parteien FDP und SVP. Das Mitte-Links-Lager ist zwar einerseits in viele verschiedene Parteien zersplittert – SP, EVP, PdA und bis zu drei grüne Parteien in manchen Kantonen, andererseits aber finden sich diese Parteien konsequent in allumfassenden Allianzen zusammen.

Neue Ausgangslage

Die Ausgangslage hat sich im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen nun aber drastisch verändert: Die Mitte ist mit den Grünliberalen und der BDP zersplittert wie nie, beide wollen in je 15 Kantonen antreten. Andererseits sind die traditionellen Parteien dieses Lagers – FDP und CVP – schwach wie nie. Beides ergibt eine Situation, in der die verschiedenen Gruppierungen von umfassenden Listenverbindungen besonders profitieren könnten.

Derzeit wird um die letzten Details gerungen, denn in den nächsten Wochen müssen die Verbindungen bei den Kantonen angemeldet werden. Unter Parteistrategen bekannt ist die Regel, dass beteiligte Parteien niemals von einer Listenverbindung Schaden neh-

men, also niemals deswegen einen Sitz verlieren würden.

Doch das Potenzial an Sitzgewinnen durch Listenverbindungsstrategien wird in der Regel verkannt. Ausgeklügelte Strategien, die neben Partei-Unterlisten (Jugend-, Senioren- oder Auslandschweizer-Listen) auch überparteiliche Allianzen einschliessen, sind entscheidend für den Wahlerfolg. In einigen Fällen dürften sie für effektive Sitzgewinne viel wirksamer sein als aufwendige Wahlkampagnen. Das hängt mit der Wahlformel (Hagenbach-Bischoff) zusammen, die in den 20 Kantonen mit Proporzahlen zur Anwendung kommt.

Zu Recht beklagen sich gerade kleinere Parteien über deren verzerrende Wirkung: Gleich wie bei einer Kopfsteuer wird jeder Partei von den Mandaten, die ihr im Verhältnis zustehen, eine feste Rate von rund einem halben Sitz pro Partei und pro Kanton abgezogen; diese Kopfsteuer wird anschliessend vornehmlich an die Grossen zurückerstattet. Multipliziert man dies mit den 20 Proporzkantonen, dann verlieren kleine Parteien massiv an die Grossen. Listenverbindungen erlauben es den Parteien, sich zu einer grösseren Einheit zusammenzuschliessen. Damit müssen sie Hagenbach-Bischoffs «Flat-Rate-Steuer» nur einmal zahlen. Werden Spezialfälle ausgeklammert, so gilt, dass zwei kleine Parteien durch einen Zusammenschluss annähernd einen halben Sitz gutmachen können (aus 10 Fällen können sie etwa vier- oder fünfmal gewinnen); eine Verbindung zwischen drei kleinen Parteien ist beinahe einen ganzen Sitz wert. Bei grossen Parteien fällt die Bilanz etwas geringer aus: Ein Zusammenschluss zwischen zwei 20-Prozent-Parteien dürfte aber immerhin in drei von zehn Fällen zu einem Mandatsgewinn führen.

Rivalitäten

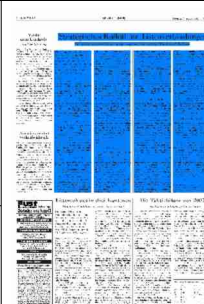
Besonderes Potenzial haben also die zersplitterten Mitte-Rechts-Parteien. In Freiburg etwa hat die CVP gemäss Medienberichten eine Allianz mit GLP und BDP angekündigt, dazu stösst in Baselland die EVP, in Neuenburg auch die FDP (eine GLP gibt es dort indes nicht). In Basel-Stadt, Bern und Solothurn schliessen sich hingegen die drei Kleinen CVP, GLP und EVP zusammen. Konsequente Listenverbindungen zwischen CVP, GLP und BDP in allen 16 Proporzkantonen, wo mindestens zwei der Parteien antreten, würden etwa zehn Sitzgewinne sichern.

Die Einbindung der FDP in Listenverbindungen in allen 20 Proporzkantonen dürfte noch rund drei zusätzliche Mandate wert sein. Doch im Mitte-Rechts-Lager sind die Gespräche von Rivalitäten, strategischem Kalkül und historischen Gräben geprägt.

Kleine Parteien können neben grossen im gleichen Bündnis selten von den Listenverbindungen profitieren, ausser sie gehen unter sich gesonderte Unterlistenverbindungen ein. Im Aargau etwa gehen GLP und EVP eine Listenverbindung mit den Grünen ein, während sich die CVP mit der BDP begnügen muss. Die beiden Kleinen wollen vermutlich nicht der CVP als Wasserträger dienen. Im Thurgau verbünden sich voraussichtlich die Kleinparteien GLP, BDP, EDU und EVP.

Politische Signale

Die Parteien haben auch Angst, politisch Schaden zu nehmen. Gerade bei den etablierten bürgerlichen Parteien dürften Berührungängste verbreitet sein, müssen sie doch Allianzen ausgerechnet mit der GLP und der BDP eingehen, also mit denjenigen Parteien, an die sie einen Teil ihrer Wählerschaft verlieren. Daher ist es wenig erstaunlich, dass Listenverbindungen zwischen FDP und BDP bis jetzt nur aus Neuenburg,



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 127'091
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 37.3
Abo-Nr.: 37003
Seite: 8
Fläche: 51'116 mm²

Schwyz, Solothurn und St. Gallen bekannt sind, also denjenigen Kantonen, in denen sich die freisinnigen Verluste bei den jüngsten kantonalen Wahlen in Grenzen hielten. Auch das Verhältnis zwischen FDP und CVP ist schwierig: Insbesondere in den Kulturkampf-Kantonen, wo ein historisch tiefer Graben zwischen den beiden Parteien nachwirkt – etwa in Luzern –, sind Listenverbindungen ausgeschlossen.

Mancherorts haben Parteien auch Angst, falsche Signale an die Wähler auszusenden. So werden Listenverbindungen immer wieder als intransparente Fallstricke des Wahlrechts gehandelt, bei denen die Wähler A wählen und B bekommen. Schlagzeilen gemacht hat etwa die Listenverbindung zwischen den bernjurassischen SP-Autonomisten und der CVP im Jahr 2003, durch die die SP-Linken dem CVP-Rechten Norbert Hochreutener die Wahl ermöglicht haben. Vier Jahre später haben sich in Zürich die urban-liberalen Grünliberalen mit der christlich-konservativen EDU verlobt. Grünliberale Wähler, die nicht riskieren mochten, dass ihre Stim-

me letztlich der EDU zum Sitzgewinn verhilft, dürften wohl lieber konsequent Grüne oder Liberale gewählt haben. Kein Wunder also, dass sich nun die Grünliberalen etwa im Kanton Zug zum Alleingang entschlossen haben – sie wollen keine falschen Signale senden.

Doch Wähler können aus Listenverbindungen auch Vorteile ziehen, solange sich politisch nahestehende Parteien verbünden. Gerade die Stimmen an Kleinparteien riskieren nämlich im Leerren zu verpuffen, wenn die betreffende Partei keine Sitze gewinnen kann. Durch Listenverbindungen werden solche Stimmen an die politisch nächstgelegenen Koalitionspartner weitergereicht, und strategisch denkende Wähler brauchen sich keine Sorgen um die Wahlchancen ihrer Partei mehr zu machen. Manche Kleinstparteien haben in der Vergangenheit sogar auf ihren Wahlprospekten mit dem Listenverbindungs-Argument geworben.

dungen nicht immer der Transparenz dienen. Ein regelmässiges Phänomen sind auch etliche Splitterlisten, etwa Seniorenlisten, die auf den ersten Blick parteiungebunden erscheinen, aber lediglich als Stimmzuträger einer grossen Partei fungieren.

Etwas transparenter ist die Parteibindung bei vielen Speziallisten wie Jugendlisten, KMU- oder regionalen Listen und den derzeit im Trend liegenden Secondos- oder Auslandschweizer-Listen, die in der Regel den Parteinamen in der Listenbezeichnung tragen. Auch sie haben indes kaum Wahlchancen und reichen die Stimmen stattdessen an die Parteiliste weiter. Letztlich dürften Listenverbindungen zwar gelegentlich kleinen Parteien, viel öfter aber grossen Parteien zu Sitzgewinnen verhelfen. Gleichzeitig täuschen sie eine Vielfalt vor, die sich bei genauerem Hinsehen als Illusion erweist.

Illusorische Vielfalt

Bleibt anzumerken, dass Listenverbindungen

.....
Daniel Bochsler ist Assistenzprofessor für vergleichende Politik am Zentrum für Demokratie Aarau und am Forschungsprogramm NCCR Democracy; Mitarbeit: Manuel Mühlebach.